



"Zeitalter der Angst" kann jetzt zum Preis von 4,20 Euro (in Deutschland versandkostenfrei) beim Verlag [hier](#) bestellt werden. Auf 104 Seiten mit 65 Abbildungen soll es eine umfassende und systematische Darstellung mit viel aktuellem Material sein. [Hier](#) Einleitung und Inhalt.

---

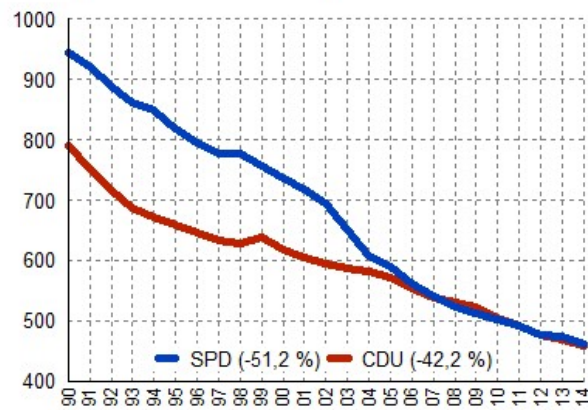
*"In times of universal deceit, speaking the truth is a revolutionary act."*

*"If liberty means anything at all, it means the right to tell people what they do not want to hear" George Orwell*

### **global news 3436 01-03-16: Demokratie in Deutschland: Wohin?**

Immer mehr Menschen in Deutschland wenden sich von den demokratischen Volksparteien ab. Seit 1990 hat die SPD schon 51 %, die CDU 42 % ihrer Mitglieder verloren und der Trend ist klar auf weiteren Abstieg gerichtet (Abb. 19137).

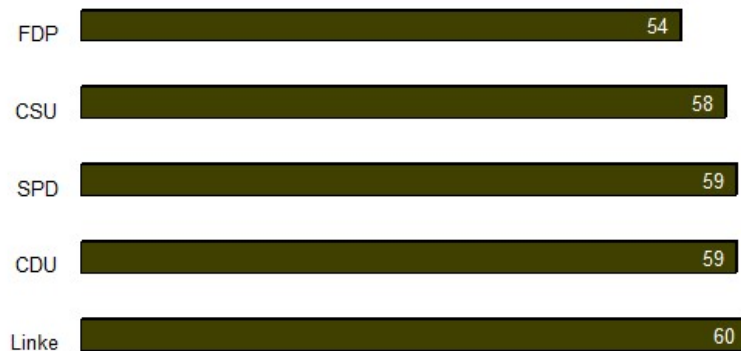
### 19137: Mitgliederentwicklung bei SPD und CDU in Tsd.



Quelle: Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2015, Berlin, 2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

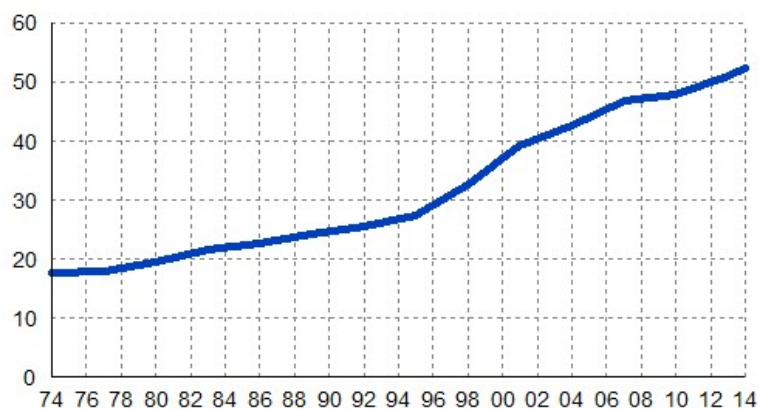
Die Parteien leiden zudem an altersbedingter Auszehrung: Der Altersdurchschnitt liegt bereits um 60 Jahre (Abb. 19138). Über die Hälfte der Mitglieder von SPD, CDU und Linkspartei sowie über 46 % der Mitglieder der CSU sind älter als 60 Jahre. Diese Gruppe ist damit in den Parteimitgliedschaften im Vergleich zur Bevölkerung deutlich überrepräsentiert. Bezeichnend ist die Situation bei der SPD: Waren im Jahre 1974 nur 17,5 % der Mitglieder über 60 Jahre alt, so sind es jetzt mehr als 52 % (Abb. 17139).

### 19138: Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2014



Quelle: Statista. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

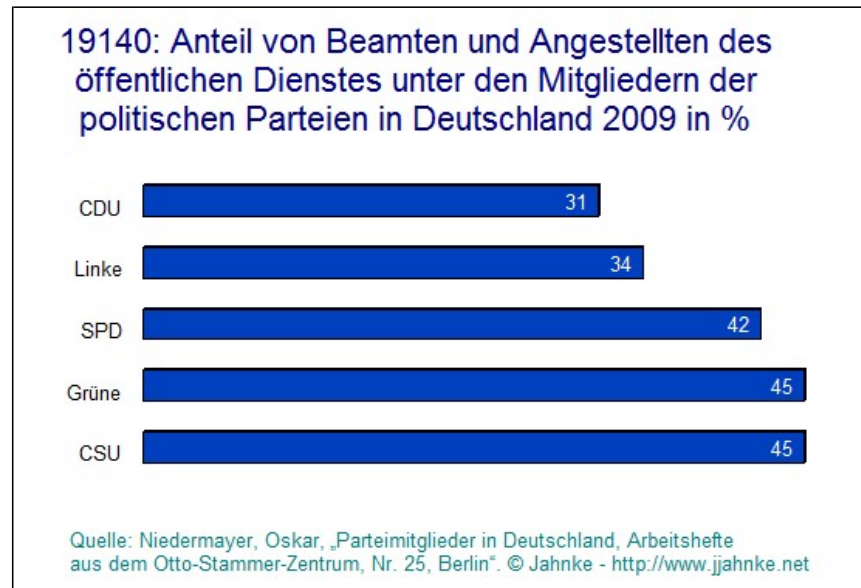
### 19139: Anteil der SPD-Parteimitglieder über 60 Jahre 1974 - 2014



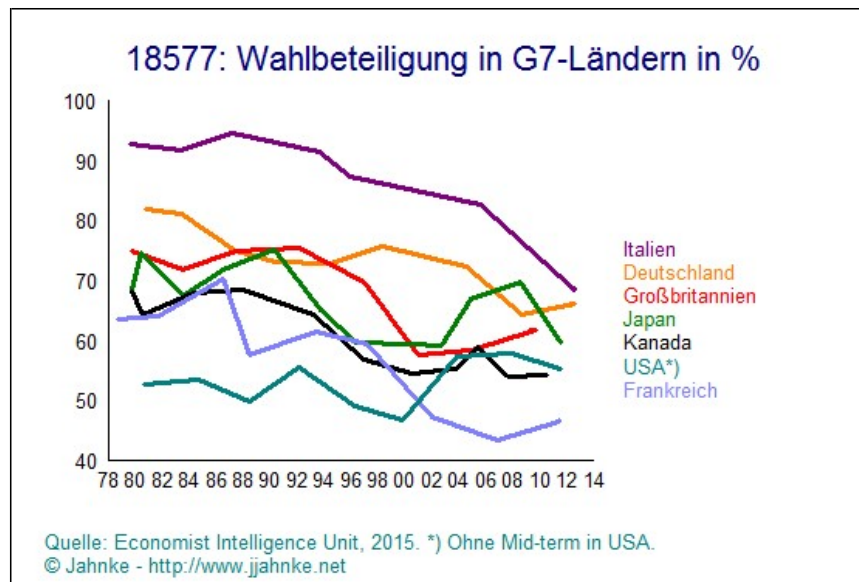
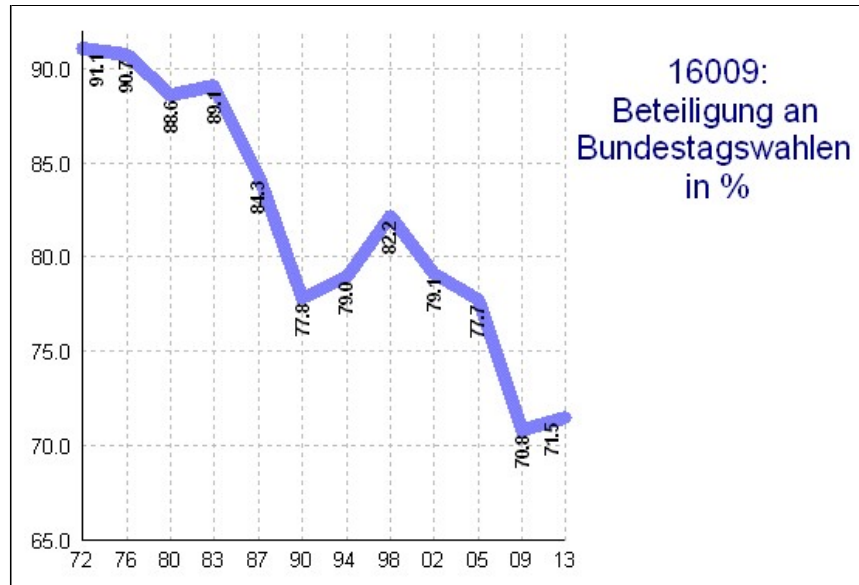
Quelle: 2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Man kann solche Strukturen, bei denen Rentner mit viel Freizeit in den Mitgliedsversammlungen große Mehrheiten stellen, nur als total verkalkt ansprechen. Außerdem ist der Anteil von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes unter den Parteimitgliedern von bis zu 45 % sehr hoch (Abb. 19140), hier kann man sich offensichtlich noch von der Parteimitgliedschaft Vorteile in der Karriere versprechen. Der Anteil der Parteimitglieder deutscher Parteien an den Wahlberechtigten ist wenig

überraschend auf unter 2 % gesunken.

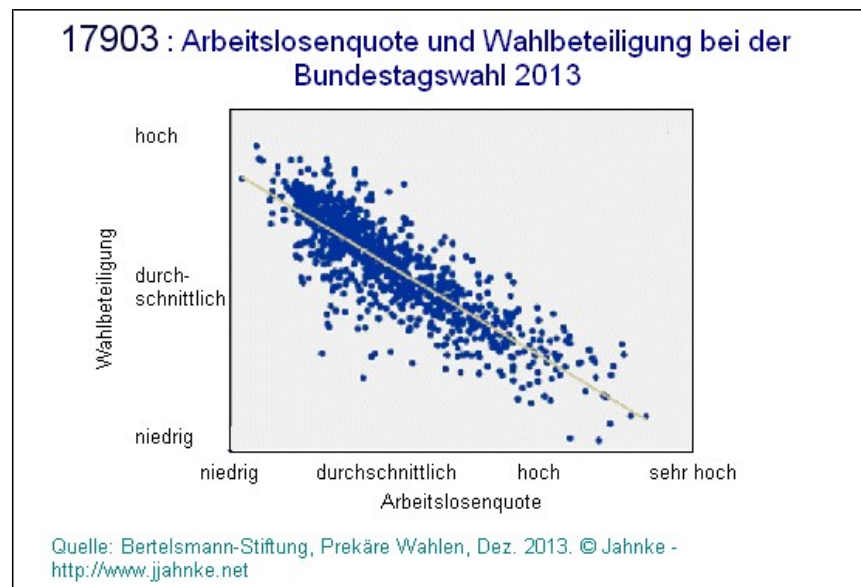


Auch die Wahlbeteiligung ist seit vielen Jahren gefallen und liegt nur noch bei wenig über 70 %. Damit erscheint schon weit mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten nicht mehr an der Wahlurne (Abb.16009). Selbst die derzeitige Große Koalition ist an der Wählerzahl gemessen eine Minderheitsregierung von nur 48 %. Die Partei der Wählerhalter war 2013 mit fast 18 Mio. um fast 3 Mio. größer als der Stimmenanteil der gewinnenden CDU. Ähnliche Abwärtsbewegungen gibt es in anderen demokratisch regierten Ländern (Abb. 18577).



Nach Umfragen von Eurobarometer im Auftrag der EU-Kommission vertrauen nur noch 16 % der in der EU Befragten den politischen Parteien, in Deutschland sind es noch 26 %. Die soziale Spaltung und Wahlenthaltung gehen eng zusammen. Es sind gerade die sozial Benachteiligten, die nicht mehr auf die Hilfe durch die Parteien setzen und in ihrem Frust und ihrer Hoffnungslosigkeit zur Wahlenthaltung neigen. Ausgerechnet die eher konservative Bertelsmann-Stiftung hat das zusammen mit dem Max-Planck-

Institut für Gesellschaftsforschung und Infratest dimap in einer Auswertung der Stimmbezirke bei der Bundestagswahl von 2013 an die Öffentlichkeit gebracht. In Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung gehören fast zehnmal so viele Menschen (67 %) einem sozial prekären Milieu an wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (7 %), sind fast fünfmal so viele Menschen arbeitslos (15 %) wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (3 %) (Abb. 17903), haben mehr als doppelt so viele Menschen (15 %) keinen Schulabschluss und gleichzeitig weit weniger als die Hälfte das Abitur (18 %) wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung und liegt die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte mit 35.000 Euro/Jahr um ein Drittel unterhalb der Kaufkraft in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (52.000 Euro).



Die deutsche Demokratie entwickelt sich so zu einer Demokratie der zwei Klassen: Die oberen zwei Drittel der Gesellschaft haben deutlich mehr Einfluß auf die Zusammensetzung des Bundestags und der neuen Regierung genommen als das untere Drittel. In den Worten der Studie:

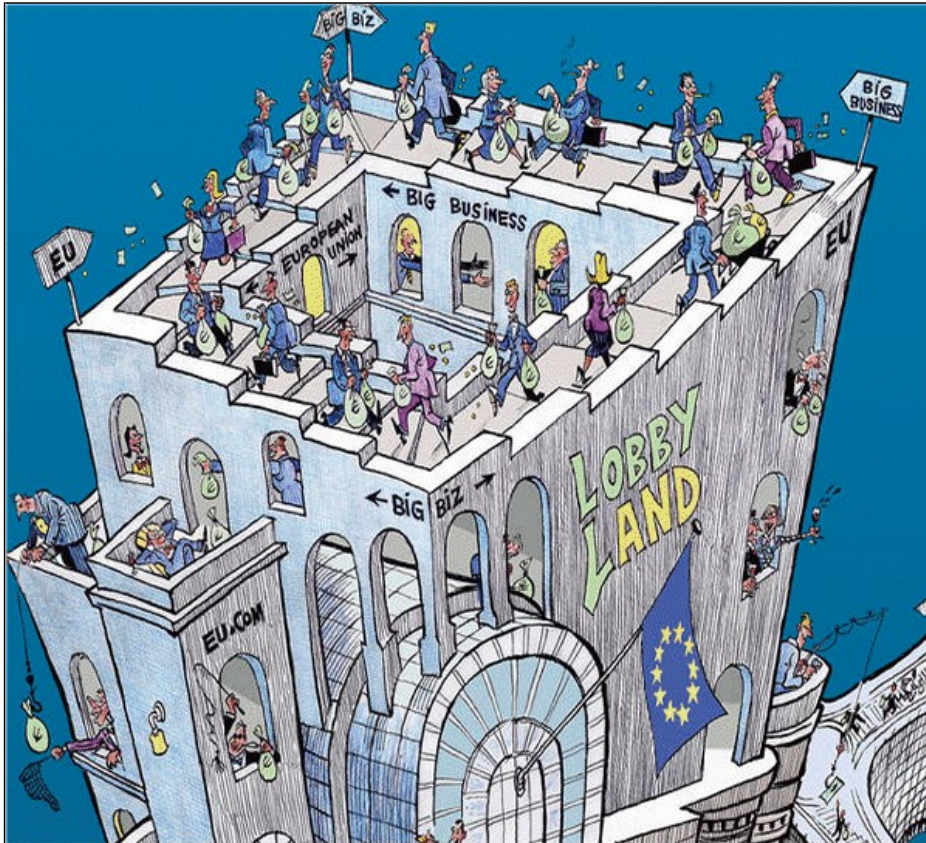
"Die Demokratie wird zu einer exklusiven Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft, während die sozial

prekären Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben. Die Bundestagswahl 2013 war deshalb eine sozial prekäre Wahl."

Die Abwendung von den politischen Parteien findet auch sonst in Europa statt. In Rom hatten die Sozialdemokraten der Partito Democratico (PD) 2014 noch 110 Parteilokale, jetzt sind es gerade einmal 15. Von 830.000 PD-Mitgliedern im Jahre 2009 blieben im Jahre 2014 nur noch 366.000 übrig. In Frankreich, Italien und Großbritannien haben die Parteien in den vergangenen drei Jahren zusammen eine bis eineinhalb Millionen Mitglieder verloren. Die Politikwissenschaftlerin Ingrid van Biezen schreibt dazu, mit Beginn des 21. Jahrhunderts hätten die politischen Parteien Europas die Fähigkeit verloren, die Bürger einzubinden. In den EU-Staaten hätten schon 2009 im Schnitt nur noch 4,7 % der Wahlberechtigten einer Partei angehört.

Noch dunkler wird das Bild unserer Rest-Demokratie, wenn man die Rolle der den Parlamenten und Regierungen zugeordneten Lobbys berücksichtigt. So steht die EU-Kommission unter unmittelbarem Druck einer riesigen Lobby von Verbänden und Großunternehmen. Nach letztem Stand vom September 2015 waren 5.681 Lobbyisten mit Zugang zum Europäischen Parlament akkreditiert, die für 8.213 Lobby-Organisationen arbeiten. Darunter finden sich u.a. 2.069 Wirtschaftsverbände, 1.372 Unternehmen, 2.116 Nicht-Regierungsorganisationen sowie 566 Thinktanks. Das Register der EU-Kommission zählt ähnlich 9.161 Einträge. Hinter dieser großen Zahl verbergen sich starke Großverbände, wie beispielsweise der European Round Table of Industrialists (Europäischer Runder Tisch Industrieller). Er ist eine Lobbyorganisation von rund 50 Wirtschaftsführern großer europäischer multinationaler Unternehmen mit Sitz in Brüssel. Ziele des Forums sind das Entwickeln langfristiger wirtschaftsfreundlicher Strategien und die Organisation von Treffen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission, einzelnen Kommissaren oder dem Kommissionspräsidenten, um die Richtung des Integrationsprozesses innerhalb der EU zu gestalten. Der Transatlantic Business Dialogue (TABD), den die EU-Kommission mit ins Leben gerufen

hat, gilt als Wegbereiter der TTIP-Verhandlungen.



So stirbt schleichend unser Demokratiesystem, das auf der Vermittlung des Wählerwillens durch Parteien und ihre Vertreter im Parlament beruht, von dessen Entscheidungen dann die auf das Wohl des deutschen Volkes verpflichtete Bundesregierung allein abhängen soll. Schon das wäre ein zwingender Grund mehr direkte Demokratie durch Volksentscheide einzuführen.

\* \* \* \* \*

**Hier** können Sie diesen Rundbrief bewerten.